

Editorial

Integration ohne Plan?

Migration im Spannungsfeld von Inklusion und Exklusion

Ingrid Schöll, Steffi Robak, Wolfgang Schönfeld

Mit dem vorliegenden Heft greifen die Hessischen Blätter ein aktuelles Thema auf: die gegenwärtige Integrationsdebatte. Als die Redaktion sich entschloss, das Thema nach vielen Jahren wieder einmal schwerpunktmäßig zu behandeln, zeichnete sich noch nicht ab, dass der Nationale Integrationsplan (NIP) – am 12. Juli 2007 vorgestellt – und die damit verbundenen neuen Kommunikationswege mit den Migrantenorganisationen die Debatte prägen würden.

Nun ist der NIP einige Monate Gegenstand der integrationspolitischen Diskussion, und auch einige unserer Autoren beziehen sich auf dieses Dokument. Der Nationale Integrationsplan hat neben Hoffnungen auch vehemente Debatten um Seriosität, direkte und indirekte Ausgrenzungsmechanismen, Unehrlichkeit gegenüber ethnischen Vorbehalten in der Diskussion u.v.a.m. ausgelöst. Nach einer turbulenten Redaktionssitzung haben wir daher die Struktur unseres Heftes spontan erweitert und eine dritte Kategorie – „Zur Diskussion“ – aufgenommen. Wir hoffen, dass wir über diese zuspitzende Form der Auseinandersetzung mit unseren Leserinnen und Lesern in einen aktiven Dialog treten können.

Das Thema lässt deutlich werden:

- Der Stellenwert der Erwachsenenbildung in der Integrationsdebatte ist ein durchaus fragiler; sie steht auf keinen Fall im Fokus der Diskussion.
- Es bedarf eines interdisziplinären Blicks auf das Thema, den wir durch die Einbeziehung anderer Fachdisziplinen eröffnen wollen.
- Das Thema weckt Emotionen; teilweise auch sehr pointierte Reaktionen.

Wir möchten mit dieser Schwerpunktausgabe deutlich machen, dass die Erwachsenenbildung den Mut zur Aktualität, den Mut zur Interdisziplinarität und vielleicht auch den Mut zur Provokation benötigt. Würden wir warten, bis alle in diesem Heft angesprochenen tagesaktuellen Fragen einer wissenschaftlichen Beantwortung standhalten können, dann müssten wir einen Aktualitätsverlust in Kauf nehmen.

Ingrid Schöll und *Steffi Robak* beleuchten in ihrem Eingangsbeitrag, dass die Erwachsenenbildung im NIP – sieht man von der Einbindung im sprachlichen Schwer-

punkt ab – keine wesentlich Rolle gespielt hat. Selbstkritisch fragen die Autorinnen danach, warum die Erwachsenenbildung im NIP durch handelnde Personen nicht stärker berücksichtigt wurde und ob es möglicherweise eine alterschronologische, auf Sozialisation abhebende Priorisierung beim Integrationsthema gibt.

Hans Peter Klös vom Institut der Deutschen Wirtschaft fokussiert auf die dramatische Situation in Schule und Ausbildung, bringt demographische Aspekte ein und fragt abschließend danach, ob Deutschland mit der gegenwärtigen Zuwanderungsregelung die richtigen Weichen stellt oder ob nicht doch stärker gewichtet werden muss.

Veronika Fischer zeichnet den Prozess sozialer Selektion nach, der über niedrige Schulabschlüsse, aber vor allem geringe berufliche Abschlüsse in eine geringe Weiterbildungsteilnahme mündet. Deutlich wird hier, dass die Weiterbildungsinstitutionen mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind, die auch die schlechte Erreichbarkeit von bildungsfernen Schichten evozieren, nur in noch einmal gesteigerter Form. Um Herkunfts- und Sozialisationsfaktoren dieses Kreislaufs zu durchbrechen, positioniert die Autorin besonders die Rolle der Familienbildung.

Der Beitrag von *Paul Mecheril* basiert auf empirischen Ergebnissen und führt eine wichtige Differenzierung hinsichtlich des generalisierenden Ausdrucks „Menschen mit Migrationshintergrund“ ein: Er legt dar, dass eine kulturelle Zuschreibung von Zugehörigkeit nicht mehr vorgenommen werden kann, da viele für sich in den verschiedenen Zusammenhängen identitätsstiftende Mehrfachzugehörigkeiten ausgebildet haben, die auch als hybrid bezeichnet werden könnten. Er fordert, diese Mehrfachzugehörigkeiten politisch anzuerkennen und sie für die Angebotsentwicklungen in der Weiterbildung als Ressource zu betrachten.

Integration ist ohne Berücksichtigung der (inter)kulturellen Dimensionen schwer zu gestalten, dafür braucht es offene Kulturbegriffe. *Steffi Robak* stellt öffnende Kulturbegriffe vor, positioniert die Transkulturvorstellung als orientierende Figur für Gestaltungsanforderungen in der Weiterbildung. Diese könnte interkulturelles Lernen auf vielfältigen Zugangswegen denken und ermöglichen. Der Beitrag zeigt für interkulturelle Bildung und interkulturelles Lernen einen institutionellen und theoretischen Rückstand auf.

Der Praxisteil beleuchtet mit zwei Beiträgen institutionelle Realitäten bezüglich der Sprachkurse. *Inga Börjesson* und *Heike Baake*, beide u. a. langjährige Dozentinnen für Integrationskurse, zeigen, wie problematisch sich die bildungspolitischen und finanziellen Vorgaben einerseits und die daraus resultierenden organisationalen Rahmenbedingungen andererseits in den Lernsituationen der Integrationskurse für alle Beteiligten niederschlagen.

Peter Kiefer, Referent der telc GmbH, welcher die übergreifende Erstellung der Sprachtests obliegt, schildert Prämissen der Testerstellung und unterlegt diese mit plastischen Beispielen.

Veronika Fischer, *Doris Krumpholz* und *Adelheid Schmitz* berichten im dritten Beitrag Ergebnisse aus einem Begleitforschungsprojekt zur Berücksichtigung von Familien mit Migrationshintergrund in der Eltern- und Familienbildung in Nordrhein-Westfalen. Die Studie fragte nach der zielgruppenspezifischen Berücksichtigung so-

wie nach der Einbeziehung der interkulturellen Thematik. Beschrieben werden Möglichkeiten und Wege der zielgruppenspezifischen Ansprache.

Die Sparte „Diskussion“ ist mit zwei Beiträgen gefüllt, die zur Debatte gestellt werden sollen: Zum einen handelt es sich um einen zusammenfassenden Internetauszug der bildungspolitischen Leitideen des NIP von Maria Böhmer. Zum anderen kommentiert *Christoph Ehmman* diesen, indem er die Leitideen auf einige wenige politische Kernproblematiken zuspitzt, die das Integrationsansinnen grundsätzlich in Frage stellen.

Abschließend einige durchaus provokant verstandene Bemerkungen zu diesem Schwerpunktheft:

Die Debatte um die Integrationsfrage leidet seit geraumer Zeit nicht mehr an einem Analyse- sondern an einem Umsetzungsdefizit. Der sprichwörtliche finanzielle „Geiz“, der bei der anfänglichen Implementierung des Zuwanderungsgesetzes durch den Bund zu spüren war, macht deutlich, dass eine am Menschen orientierte moralisch glaubwürdige und volkswirtschaftlich effiziente Integration ausreichende finanzielle Mittel benötigt.

Wenn wir uns keine gesteuerte Zuwanderung leisten wollen, wird Zuwanderung auf Dauer für Deutschland kostspielig bleiben. Ist es fair, Menschen Aufenthalt in unserem Land zu gewähren und keine ausreichenden Mittel für eine langfristig am Individuum orientierte Integration zur Verfügung zu stellen?

Provoziert man nicht mit dem dadurch entstehenden „Bildungsproletariat“ gesellschaftliche und politische Probleme, die vermieden werden könnten?

Wieso investiert Deutschland seit vielen Jahren mehr in Sach- denn in Humankapital? Wenn wir die Jahre lang praktizierte Zuwanderung fortschreiben und uns aus moralischen oder auch historisch bedingten Gründen nicht zu einer wie auch immer gestalteten Form gesteuerter Zuwanderung entschließen, müssen wir konsequenterweise viel Geld in die Hand nehmen; mehr als wir das gegenwärtig tun. Das Thema darf auch nicht an föderalen Egoismen scheitern. Menschen, die bereits hier sind, dürfen nicht nur auf ihre „Employability“ hin gefördert werden; auch Ältere, nicht mehr (oder mangels unterliebener Integrationsleistungen nie) im volkswirtschaftlichen Reproduktionskreislauf Eingebundene, haben ein Anrecht auf gesellschaftliche Integration, die nicht von Zufällen karitativer Akte abhängen darf.

Humanität und Wirtschaftlichkeit müssen keine Gegensatzpaare sein; jedoch muss die Frage erlaubt sein, ob es human ist, Menschen nach Deutschland kommen zu lassen, die keinerlei Chancen auf eine gesellschaftliche und berufliche Integration haben. Es spricht nichts dagegen, die gegenwärtige Integrationspolitik beizubehalten. Nur müssen sich alle Beteiligten darüber im Klaren sein, dass sie sozial und gesellschaftlich eine der teuersten Varianten ist und dass man, wenn man sie beibehält, auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen muss, damit Integration zur gesellschaftlichen und politischen Stabilität beiträgt und diese nicht, da nur halbherzig praktiziert, untergräbt.